

Der Minister

Ministerium für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den  
Präsidenten  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/4698**

A01

Datum: 9. Januar 2026

Seite 1 von 1

Aktenzeichen 2025-0012395  
bei Antwort bitte angeben

Karl-Josef Laumann  
Telefon 0211 855-3100  
Telefax 0211 855-3568  
karl-josef.laumann  
@mags.nrw.de

**für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

**Bericht: „Zukunft der Phoniatrie und Pädaudiologie am  
Universitätsklinikum Münster – Wie stellt die Landesregierung die  
Versorgung in NRW sicher?“**

Ihr Ansprechpartner/-in  
in der Fachabteilung  
RD in Dahmen  
Telefon 0211 855-4119  
anna-karoline.  
dahmen@mags.nrw.de

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales,  
Herr Josef Neumann MdL, hat mich auf Grundlage eines Schreibens der  
Fraktion der SPD für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales am 14. Januar 2026 um einen schriftlichen Bericht zum o.g.  
Thema gebeten.

Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den erbetenen  
Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Josef Laumann

**Anlage**

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Fürstenwall 25,  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 855-5  
Telefax 0211 855-3683  
poststelle@mags.nrw.de  
www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linie 709  
Haltestelle: Stadttor  
Rheinbahn Linien 708, 732  
Haltestelle: Polizeipräsidium



**Bericht**

für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

**„Zukunft der Phoniatrie und Pädaudiologie am Universitätsklinikum  
Münster – Wie stellt die Landesregierung die Versorgung in NRW  
sicher?“**

---

Die Analyse der Versorgungssituation in diesem Fachgebiet ist anhand der verfügbaren Abrechnungsdaten nur sehr eingeschränkt möglich. Unter Zuhilfenahme der vorhandenen Daten und Ressourcen ist keine umfassende Analyse der Versorgungssituation im Fachgebiet Phoniatrie und Pädaudiologie möglich. Insbesondere ist aus den tatsächlichen Fallzahlen keine Ableitung des Versorgungsbedarfs möglich.

Es gibt zudem Überschneidungen mit anderen Fachbereichen, insbesondere der Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde (HNO), auch sind die Versorgungsangebote an vielen Kliniken in die HNO eingegliedert. Ein großer Teil der Leistungen wird darüber hinaus ambulant oder konsiliarisch während stationärer Aufenthalte aufgrund anderweitiger Hauptdiagnosen erbracht. In Nordrhein-Westfalen sind nach Aussage der Ärztekammern nur wenige Fachärzte in diesem Fachgebiet tätig. Nach Aussage der Kassenärztlichen Vereinigungen seien keine Versorgungsengpässe bekannt. Grundsätzlich besteht in allen ärztlichen und Gesundheitsfachberufen ein bekannter Mangel an Fachkräften.

Zusätzlich zum fraglichen Mangel im Bereich der Versorgung, bedarf auch der Mehrwert des Erhalts der eigenständigen Klinik für Phoniatrie und Pädaudiologie am Universitätsklinikum Münster (UKM) zur Sicherstellung der Versorgung einer

eigenständigen Betrachtung. Grundsätzlich unstrittig wird durch eigenständige Professuren Forschung in Spezial- und Spartenprofessionen für einzelne Wissenschaftler besonders attraktiv; Sichtbarkeit und Reputation erhöhen sich und in dieser Folge in aller Regel auch die Aussichten, international sichtbar zu sein, Fördermittel zu akquirieren und strategische Partnerschaften zu etablieren. Eine eigenständige Klinik hat zudem grundsätzlich klare organisatorische und finanzielle Verantwortlichkeiten zur Folge, was zu einer fokussierten Forschungslinie und zu einem konsistenten Lehrangebot führt, was wiederum zu einer langfristigen Forschungsagenda statt projektbasierter Zuschreibung führt und die wissenschaftliche Kontinuität stärkt.

Eigenständigkeit bringt aber auch Risiken mit sich: Eine hohe Abhängigkeit von Drittmitteln kann zu Unsicherheit bei Finanzierung, Personalplanung und Langfristigkeit führen; zudem verlagern sich Fokus und Risiko stark auf einzelne Personen. Der eigenständige Verwaltungs- und Managementaufwand bindet Kräfte, die dann nicht mehr der medizinischen Versorgung oder Lehr- und Forschungstätigkeit zur Verfügung stehen. Die Konkurrenz um knappe Ressourcen, wie Personal, Labore, Räume, kann zudem zu einem Ungleichgewicht mit anderen (Teil-)Einrichtungen führen. Auch können durch einen starken Fokus auf die eigene Forschungsagenda und das eigene Leistungsspektrum Kooperationen mit anderen Fachrichtungen, transdisziplinäre Vorhaben oder Lehreinbindung erschwert oder sogar beeinträchtigt werden.

Vor dem Hintergrund der regelmäßig sowohl vorhandenen Chancen als auch der vorhandenen Risiken setzt Nordrhein-Westfalen politisch stark auf das Prinzip der Hochschulautonomie. Konkret bedeutet das: Für uns stehen selbstständige Bildungs- und Forschungsentscheidungen, ohne übermäßige politische oder wirtschaftliche Beeinflussung, stark im Vordergrund. Die Verantwortung für Lehre, Personal, Finanzen und strategische Ausrichtung liegt in Nordrhein-Westfalen daher grundsätzlich bei der Hochschule.

Bei aller, unterstellt gerechtfertigter, Kritik an den Auswirkungen der Re-Integration der eigenständigen Klinik in die HNO-Klinik in Münster, müssen jedenfalls auch die vom UKM vorgetragenen erhofften Vorteile berücksichtigt werden. Dies betrifft vor allem

sowohl den Ressourcengewinn im Bereich der Forschung durch die gemeinsame Nutzung von Funktionsbereichen als auch die Wiedereröffnung für Anrechenbarkeit im Rahmen von ärztlichen Weiterbildungen. In Bezug auf den letzten Punkt sei darauf verwiesen, dass es in der fachärztlichen Verbandslandschaft Stimmen gibt, die insbesondere in der strikten Trennung der Weiterbildungen Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Phoniatrie-Pädaudiologie eine Hauptursache für den Nachwuchsmangel in der Phoniatrie und Pädaudiologie sehen. Auf entsprechende Erklärungen der Deutschen Gesellschaft für HNO-Heilkunde, Kopf- und Hals-Chirurgie e.V. wird insoweit verwiesen.

Eindeutige Gründe, sich als Land besonders für den Erhalt bzw. die Gründung eigenständiger Lehrstühle und Kliniken für Phoniatrie und Pädaudiologie einzusetzen, sind vor den oben dargelegten Hintergrund derzeit nicht ersichtlich.

Alle Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen sind vielmehr aufgrund der schwierigen Haushaltssituation von der Landesregierung dringend zu Einsparmaßnahmen angehalten worden. Die Eingliederung der derzeit selbstständigen Klinik für Phoniatrie und Pädaudiologie in die Klinik für HNO am UKM im Jahr 2028 stellt vor diesem Hintergrund eine – von absehbar noch vielen – innenorganisatorischen Maßnahmen zur notwendigen Haushaltskonsolidierung dar. Die Notwendigkeit jeder einzelnen Maßnahme wird dabei absehbar, zumindest von der jeweiligen Fachöffentlichkeit, kontrovers betrachtet werden.

Der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist es wichtig, dass Sparmaßnahmen nicht einseitig und ausschließlich auf Kosten der jüngsten und schwächsten Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes erfolgen. Schwerhörigkeit betrifft dabei weltweit viele Menschen und hat erhebliche gesundheitliche und soziale Auswirkungen, wie verminderte Kommunikationsfähigkeit, Isolation, Lern- und Arbeitsprobleme und nicht zuletzt möglicherweise sogar eine Risikoerhöhung an Demenz zu erkranken. Als Landesregierung ist es uns deshalb wichtig, dass Forschung, um mit Schwerhörigkeit möglichst gut zu leben, in unserem Bundesland bleibt.

Gegenüber dem UKM setzen wir uns deshalb dafür ein, dass mit der Neuorganisation der Klinik keine quantitativen und qualitativen Einbußen insbesondere in der pädaudiologischen Versorgung verbunden sind. Uns wurde versichert, dass die geplante organisatorische Eingliederung der Klinik für Phoniatrie und Pädaudiologie unter Leitung eines Chefarztes bzw. einer Chefarztin mit medizinischer Letztverantwortung, einer Forschungs- und Lehre-Teilstelle an der Medizinischen Fakultät, und als Sektion in die Klinik für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde beabsichtigt ist und ohne quantitative und qualitative Einbußen in der Patientenversorgung, der Forschung oder der Lehre erfolgen wird. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auch langfristig einem Schaden in Wissenschaft, Lehre und Ausbildung vorgebeugt wird.